Gemeinde Kleinmachnow

Antrag **öffentlich**

Datum: 12.03.2015 Einreicher: Fraktion B 90/Grüne DS-Nr. 028/15

Entgegennahme KSD:

Verfahrensvermerk:
☐ Genehmigung ☐ Anzeige ☐ Ankündigung ☐ Veröffentlichung
☐ Bekanntmachung
☐ Auslage

Beratungsfolge	Abstimmung			Sitzung		
	JA	NEIN	ENTH	geplant	Endtermin	Bemerkung
Gemeindevertretung				26.03.2015		

Betreff: Umsetzung des integrierten Klimaschutzprogrammes der Gemeinde Kleinmachnow

Präambel:
Mit dem Beitritt zum Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder e. V. in Jahr 2004 hat sich die Gemeinde Kleinmachnow zu konkreten Maßnahmen zur Reduzierung der CO2-Emissionen verpflichtet.

Beschlussvorschlag:
- Der FD-Klima legt dem UVO-Ausschuss alle zwei Jahre, beginnend im 3. Quartal 2015, einen **integrierten Energie- und CO_2-Bericht** vor, vereinheitlicht damit das Monitoring und stellt diesen der Öffentlichkeit zur Verfügung. Dieser Bericht wird gemäß den Empfehlungen des Klimabündnisses auf der für diese Zwecke eingerichteten Software erstellt, um einen qualitativen und nachhaltigen Schritt in der Berichterstattung zu erreichen.
- Der FD-Klima erarbeitet auf Basis des aktuellen Datenbestandes bis Ende 3. Quartal 2015 ein **Maßnahmenprogramm**, um die CO_2-Reduktionsziele[1] zu erreichen. Das Maßnahmenprogramm ergänzt das 2010 beschlossene integrierte Klimaschutzprogramm und beinhaltet quantifizierte und evaluierbare Maßnahmen sowie Zielaussagen zur weiteren Reduzierung der CO_2-Emissionen der Gemeinde Kleinmachnow. Es wird unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger erstellt.
- Der FD Klima erläutert dem UVO-Ausschuss halbjährlich, beginnend im 3. Quartal 2015, den aktuellen Stand und die laufenden Maßnahmen der Umsetzung des Klimaschutzprogrammes.

[1] Reduktionsziel Bundesregierung und EU: -40% bis 2020 (Basisjahr 1990); Reduktionsziel Klimabündnis: -50% bis 2030 (Basisjahr 1990)

Ausgeschlossen nach § 22 BbgKVerf: Gemeindevertreter

Beratungsergebnis: Gremium: Sitzung am:

einstimmig	Stimmenmehrheit	JA	NEIN	ENTHALTUNG	lt. Beschluss	abw. Beschluss

Leiter der Sitzung:

Bürgermeister
(Endunterschrift)

M. Martens

M. Martens
Fraktionsvorsitzender

Problembeschreibung/Begründung:

Die Gemeinde Kleinmachnow ist seit dem Jahr 2004 Mitglied im Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder e. V. und ist damit Verpflichtungen zur Reduzierung der CO_2-Emissonen eingegangen. Im Jahr 2010 wurde das integrierte Klimaschutzprogramm verabschiedet. Im Zeitraum 1990 bis 2010 sanken die CO_2-Emissionen um 31,2% vor allem durch die Stilllegung von Kohleheizungen, seitdem stagnieren die CO_2-Emissionen in den betrachteten Sektoren (Fachinformation BAU 004/14).
Der FD Klima führt das CO_2-Monitoring bislang nur in den Sektoren „Verkehr“ und „Wärme“ durch. Während diese im Sektor „Wärme“ durch die Umsetzung gesetzlicher Vorgaben sanken, blieben diese im Sektor „Verkehr“ nahezu unverändert. Weitergehende Berechnungen zeigen, dass die CO_2-Emissionen im Sektor „Strom“ nur geringfügig sanken, vor allem durch den bundesweiten Ausbau erneuerbarer Energien. Der Anteil selbsterzeugter Energie aus erneuerbaren Quellen beträgt in Kleinmachnow weniger als 1%.
Eine leicht verständliche und nachvollziehbare Aussage darüber, wo die Gemeinde Kleinmachnow gesamtenergetisch steht, auch im Vergleich zu anderen Gemeinden, ist bisher nicht veröffentlicht worden. In den kommenden Jahren sind hohe Reduktionsraten von mehr als 1% p. a. nötig, um die Reduktionsziele der EU, der Bundesregierung und des Klima-Bündnisses noch zu erreichen.
Um den Verpflichtungen nachzukommen sowie die Ziele der Bundesregierung und der EU zu erreichen, sind folgende Schritte nötig:

- Auf der Basis des Klimaschutzprogrammes sind konkrete und quantifizierte Klimaschutzmaßnahmen auszuarbeiten und konsequent umzusetzen.
- Es bedarf es einer Berichterstattung nach genormten Vorgaben in regelmäßigen Abständen, um die ergriffenen Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit hin zu evaluieren und vergleichbare Daten zu erhalten.

Die bisherige Form, als auch Umfang und Abfolge der Berichterstattung wird dem Anspruch der Mitgliedschaft im Klima-Bündnis nicht gerecht und bedarf der Neugestaltung.